

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesner,
Gernus Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesner, des Finanzamts Riesner und des Hauptzollamts Meißen.

Postkontos: Dresden 1559
Circulose Riesner Nr. 52.

Nr. 149.

Dienstag, 30. Juni 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben, 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Kellamzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Fernläufiger Rabatt nicht, wenn der Vertrag zerfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesner. Tägliches Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“ — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesner. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesner; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Riesner.

Die Räumung der Kölner Zone.

Paris, 30. Juni. Wie wir von maßgebender unterrichteter Seite erfahren, ist vor kurzer Zeit in einer noch unveränderten Ausprägung zwischen den deutschen diplomatischen Vertretern und den alliierten Besatzungsmächten die Frage der Räumung der nördlichen Rheinlandszone kurz angesprochen worden. Danach steht zu erwarten, daß die englische Regierung ihren Einfluß ausüben wird, um die Räumung der Kölner Zone mit einiger Beschleunigung vornehmen zu können. Die englische öffentliche Meinung geht sogar dahin, daß die Räumung Kölns unbedingt mit der des Ruhrgebietes zusammen bis zum 10. August erfolgen müsse. Da die Reichsregierung offiziell nicht über die neuerlichen Absichten der alliierten Regierungen hinsichtlich der nördlichen Rheinlandszone unterrichtet worden ist, sondern nur auf die letzte alliierte Mitteilung über die Zustimmung der Räumung der nördlichen Rheinlandszone erst nach der Erfüllung der neuen Entlassungsbedingungen erfolgen soll, muß erst abgewartet werden, ob die englische Regierung wirklich die Absicht hat, den anderen Besatzungsmächten die gleichzeitige Räumung Kölns mit der des Ruhrgebietes vorzuschlagen.

Die deutsche Regierung wird ihrerseits alles aufbieten, um die möglichst sofortige Räumung der Kölner Zone zu erreichen. Sollte von englischer Seite kein Vermittlungsvorschlag erfolgen, so wird die Reichsregierung von sich aus einen entsprechenden Vorschlag an die alliierten Regierungen richten, um zum mindesten die gleichzeitige Räumung der Kölner Zone mit der des Ruhrgebietes zu erzielen. Eine solche Zugabe würde dabei gerichtet einmal ein großes Zugeständnis an Deutschland bedeuten, da nach deutscher Auffassung die nördliche Rheinlandszone bereits am 10. Januar hätte geräumt sein müssen.

Paris, (Funkdruck). Wie Petit Journal mitteilt, sind im Kriegsministerium alle Vorbereitungen getroffen, um gemeinsam mit einer belgischen und einer englischen Kommission die Modalitäten über die Räumung des Ruhrgebietes auszuarbeiten.

Englands offene Drohung gegen Rußland.

Deutlicher noch als es kürzlich durch die Erklärungen des englischen Außenministers Chamberlain im Unterhause geschehen ist, hat der Staatssekretär für Indien, Lord Bickerton, sich gegen Rußland gewandt, das diplomatisch seine Vertretung bei England hat und noch dem Eingekerkerten seiner Führer ununterbrochen das englische Weltreich mit allen Mitteln der Unterminierung zu zerstören sucht. Die Vorgänge in China, die England bereits in eine gewisse Isolierung zu den übrigen dort vertretenen europäischen Mächten gebracht haben, sind der Anlaß zu der sehr deutlichen Sprache, wie sie Lord Bickerton führt und wie sie noch deutlicher in den Kommentaren der englischen Presse zum Ausdruck kommt. Der alte weltpolitische Gegensatz der Vorkriegszeit zwischen England und Rußland ist in eine neue Erscheinungsform getreten. Nicht von außen her sondern von innen heraus führt Rußland heute den Kampf gegen das britische Imperium. Der Zeitpunkt scheint gekommen, wo dieser Gegensatz zu offener Auseinandersetzung drängt.

Empfang des österreichischen Gesandten.

Wd. Berlin. Reichspräsident v. Hindenburg hat am Montag den neu ernannten österreichischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Dr. Frank zur Entgegennahme seines Beglaubigungsglaubens empfangen. In seiner Ansprache betonte

Gesandter Dr. Frank
u. a.: Mit staunender Bewunderung verfolgen wir in Österreich die ungeheuren und Erfolg verherrlichenden Anstrengungen des deutschen Volkes, durch rastlose Arbeit wert zu machen, was ihm ein schimmendes Geisid an Schwerem ausgehört hat. Die ungedrungen Lebenskraft des deutschen Volkes, die sich hierin äußert, ist uns Trost in unserer eigenen Ungenug und Ausborn für die Aufgaben, die die Gegenwart uns stellt. Die Deutschen Österreichs sind überzeugt, daß das lebendige Bewußtsein gemeinsam vollbrachter Leistungen und unverstorbaren Entschlossen an Jahrhunderte gemeinsamer erlebter Schicksale den geistigen Inhalt des Begriffs Nation bilden. Diese Gemeinsamkeit muß trotz der im vorigen Jahrhundert erfolgten politischen Abtrennung des deutschen Volksstammes in Österreich nicht nur erhalten werden, sondern auf allen Gebieten menschlichen Tuns reichliche Früchte tragen und so stets von neuem zu beglückender lebendiger Wahrheit werden. In der Mitarbeit zur Erreichung dieses Zieles erblicke ich meine vornehmste Aufgabe, die mich dennoch durch ihre Größe übermäßig mühte, dürfte ich nicht auf das hohe Wohlwollen Eurer Excellenz und auf die verständnisvolle Unterstützung der Reichsregierung hoffen.

Reichspräsident v. Hindenburg erwiderte mit folgenden Worten: Mit besonderer Freude nehme ich aus Ihren Händen das Schreiben entgegen, mit dem Sie der Herr Bundespräsident der Republik Österreich als außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei der deutschen Reichsregierung be-

glaubigt. Die herrlichen Worte, die Sie im Namen des Herrn Bundespräsidenten und des österreichischen Volkes an mich und an das deutsche Volk gerichtet haben, finden hier dankbaren Widerhall. Mit brüderlicher Anteilnahme blicke ich auf den Freund und Nachbarn, der mit unerschütterlichem Lebensmut und zäher Arbeitswilligkeit den Schwierigkeiten trotzt, die sich dem Wiederaufbau seiner Heimat entgegenstellen. Die hohen Eigenschaften des Geistes und des Charakters, die die Deutschen Österreichs von je her auszeichnen, berechtigen uns zu der festen Überzeugung, daß die guten Wünsche, die ich und das deutsche Volk für die Zukunft Österreichs hegen, in Erfüllung gehen werden.

Das in dem Herzen jedes Deutschen, beiderseits unserer politischen Grenzen, tief verankerte Gemeinschaftsgefühl bildet ein unzerbrechliches Band und ein wertvolles Gut, das sich — das ist auch mein aufrichtiger Wunsch — auf allen Lebensgebieten in gemeinsamer Arbeit auswirken möge. Seien Sie versichert, daß Sie bei dieser gemeinsamen Arbeit schaltlos auf meine und der Reichsregierung Förderung und Unterstützung rechnen können. Im Namen des Deutschen Reiches heiße ich Sie, Herr Gesandter, herzlich willkommen.

Bei dem Empfang war der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, zugegen.

Von der französischen Marokkofront.

Paris, (Funkdruck). Das gestern abend in Rabat ausgearbeitete offizielle Kommuniqué über die Lage an der französischen Marokkofront lautet: Der am 27. Juni durch die im Tale von Ouarzazat operierende mobile Truppe erzielte sehr erhebliche Erfolge sind durch eine Einzelunternehmung bei Bou Halmia ergänzt worden. Die feindlichen Verluste sind sehr schwer. Mehr als 200 Tote sind auf dem Kampfplatze zurückgelassen worden. Die Feindkämpfe, die diese Gegend besetzt gehalten hatten, haben aufgelöst zu sein. Im Osten verhalten sich die feindlichen Kontingente.

Paris, (Funkdruck). Nach einem dem Reichsminister des Auswärtigen Telegramm seien die Rüstwerke bei dem Kampf nördlich von Taza eine außerordentliche Beharrlichkeit. Sie verhielten sich gegen die Angriffe und die sie ihnen zum Teil offenbar gelungen. Der größte Teil der den Franzosen treuen Stämme mußte sich auf die Stellung der französischen Truppen zurückziehen. Man schätze den Effektbestand der Rüstwerke, die an der Offensive teilnahmen, auf 6000 Mann in der ersten Kampflinie, ohne die Reserven in Betracht zu ziehen.

Die nächste Reichstagsitzung.

Wd. Berlin. Auf der Tagesordnung der nächsten Reichstagsitzung, die am Donnerstag, den 2. Juli stattfindet, stehen nicht weniger als 12 Punkte. U. a. sollen in dieser Sitzung erledigt werden die erste Lesung der Gesetzentwürfe über den Schutz der Jugend der Luftfahrzeuge, über eine zweite Forderung der Personalabbauperordnung. Dann soll der Haushalt des Finanzministeriums, des Allgemeinen Pensionsfonds, des Rechnungshofes und der Reichsschuld weiterberaten werden. Außerdem ist vorgesehen die erste Lesung des Handelsabkommens mit Griechenland, die dritte Lesung der Vorlage zur Forderung der Nachschubordnung, die Zustimmung über die Entschädigungen zum Unfall-Versicherungsgesetz, die erste Beratung des Wehrmachtsverpflichtungsgesetzes, die Vorlage zur Forderung des Reichsverpflichtungsgesetzes und die erste Beratung des Gesetzesentwurfes über den Ausbau der Angehörigenversicherung und die Ausübung des Rechtes zum Tragen einer Militäruniform.

Die jüdische Industrie zu den deutsch-italienischen Handelsvertragsverhandlungen.

Mit einer gewissen Spannung hat die jüdische Industrie den Fortgang der deutsch-italienischen Handelsvertragsverhandlungen verfolgt. Durch verschiedene Versicherungen in der Presse hat sich der Glaube verbreitet, daß diese Verhandlungen für die Fertigungsindustrie günstig ständen, so daß endlich die den deutschen Export gegenüber der ausländischen Konkurrenz benachteiligenden Zölle eine Herabsetzung erfahren würden. Wie uns der Verband jüdischer Industrieller mitteilt, ist diese Hoffnung leider in dem erwarteten Maße nicht berechtigt. Es sollen vielmehr nach den bisherigen deutsch-italienischen Verhandlungen zwar weitgehende Zugeständnisse der italienischen Landwirtschaft gemacht sein, während indessen die deutschen Zollwünsche gerade, soweit es die Fertigungsindustrie angeht, unberücksichtigt geblieben sein sollen. Es hat sich daher in der jüdischen Industrie in letzter Zeit eine begriffliche Beunruhigung bemerkbar gemacht und man fordert in verstärktem Maße eine Erörterung der Einfuhr italienischer Agrarprodukte. Es ist von der Industrie an die Regierung wiederholt die dringende Bitte gerichtet worden, die fortgesetzte Benachteiligung der deutschen Industrie auf dem italienischen Markt unter allen Umständen endlich zu befeitigen. Italien ist für unsere Holz- und Textilfabrikate ein ausschlaggebender Markt. Die italienische Rundschau verlangt auch selbst deutsche Erzeugnisse, zumal die von den Entente-Ländern gelieferten Fabrikate nicht immer den Wünschen der italienischen Verbraucher entsprechen und die italienische Industrie selbst sich in vieler Hinsicht noch nicht in der Lage sieht, den inneren Bedarf in den früher aus Deutschland bezogenen Erzeugnissen zu decken.

Rheinlandfeier in Dresden.

Dresden. Die vom Verbands der Rheinländer in Dresden am Sonntag vormittag auf dem Theaterplatz veranstaltete Rheinische Morgenfeier gestaltete sich zu einer großen imposanten Kundgebung für die Rheinlande. Nach dem Aufmarsch der Chorgesellen der Technischen Hochschule, der Sängerbünde und vaterländischen Verbände hielt der Vorsitzende der rheinischen Ortsgruppe in Dresden Dr. Ernst Müller eine Begrüßungsansprache, worauf Volksbildungsminister Dr. Raifer in einer Rede an die Versammelten die Bedeutung der Feier in eindrucksvollen Worten würdigte. Er rief den Brüdern am Rhein zu: Daltet wieder aus und lasse ihnen, soweit die lächliche Hauptstadt in Frage komme, tatkräftige Hilfe zu. Die eindrucksvolle Feier, an der sich schätzungsweise 15 000 bis 20 000 Personen beteiligten, war von musikalischen Darbietungen der Reichswehrkapellen und der Sängerbünde umrahmt, die rheinische Lieder vortrugen. Mit dem allgemeinen Gesang der Wacht am Rhein endete die Feier.

Beratung wichtiger Polizeifragen.

Dresden. Zur Karlsruher Polizeikonferenz, auf der Sachien an hervorragender Stelle vertreten ist, wird vom Sächsischen Landes-Kriminalamt noch mitgeteilt:

Im Februar ds. J. hat der Präsident des Sächs. Kriminalamtes Dr. Faltsch in einem Auftrage die Anwesenheit der Vertreter der deutschen Länder und freien Städte anlässlich der internationalen polizeitechnischen Konferenz in Karlsruhe zusammenkommen möchten, um in Verhandlungen und Besprechungen zur Vorbereitung einer deutschen Polizeikonferenz einzutreten. Anlässlich der Konferenz hat man auch der preussischen Regierung für den Herbst 1926 die Einberufung eines großen deutschen Polizeikongresses nach Berlin angedeutet. Die Anwesenheit des Sächs. Präsidenten fand allgemeine Zustimmung und hat zu einer zahlreichen Besichtigung der dortigen Anstalten von dem badischen Herrn Minister des Innern einberufenen Karlsruher Tagung geführt. Die Besprechungen sollen vor allem der Vorbereitung der Berliner Konferenz dienen.

Als einige der dringendsten und wesentlichsten Besprechungsgegenstände hat Präsident Dr. Faltsch in seinem Auftrage die nachstehenden bezeichnet:

1. Organisationsdienliche Zentralstellen (Neuschaffung von Zentralstellen, Wechselsysteme, Verkehr untereinander, einheitliche Vorschriften über den Tatnachforschungszwang, einheitliche Vordrucke zur Personensicherung).
2. Kriminalpolizeiliches Nachrichtenwesen, Nachrichtenvermittlung der Länder.
3. Zentralstellen zur Ermittlung von Vermissten und unbekanntem Toten.
4. Fremdenmelde- und Wohnungswesen.
5. Bekämpfung der Taschendiebstähle.
6. Bekämpfung der Fälscher.
7. Kriminalpolizeiliche Tätigkeit anderer Behörden.
8. Verkehrsvereinfachungen für die Kriminalpolizei. Diese Beratungsgegenstände werden bis zur Berliner Konferenz noch um manchen weitere zu ergänzen sein.

Als wichtigstes Ergebnis der Karlsruher Besprechungen aber ist anzuerkennen: die Schaffung einer künftigen Kriminalpolizeilichen Arbeitsgemeinschaft der deutschen Länder und freien Städte zur Anbahnung einer Verbesserung, Erleichterung und Vereinheitlichung des deutschen zwischenstaatlichen kriminalpolizeilichen Verkehrs, wodurch allein eine systematische, erfolgreiche Bekämpfung des schweren und vor allem des für die Volkssicherheit so gefährlichen reifen Verbrechertums erzielt werden kann. Es ist zu erwarten, daß in Verfolg dieser Pläne die Karlsruher Besprechungen zur Gründung einer deutschen kriminalpolizeilichen Kommission führen werden, die sich aus Vertretern der deutschen Länder und freien Städte zusammensetzt und in sich die gewünschte künftige Arbeitsgemeinschaft verkörpert. Ein entsprechender Antrag des Präsidenten Dr. Faltsch wird der Versammlung vorgelegt werden.

Alle Fragenkomplexe, die die Karlsruher Tagung zur endgültigen Beratung und Beschlußfassung der Berliner Polizeikonferenz überweisen wird, werden zunächst Einzelkommissionen zur weiteren vorbereitenden Bearbeitung angeordnet werden, damit dann im Herbst nächsten Jahres in Berlin praktische Ergebnisse erzielt werden können. Die Einzelkommissionen werden also das Fundament der gemeinsamen Arbeitsgemeinschaft der zu gründenden deutschen kriminalpolizeilichen Kommission bilden. Ihrer vorbereitenden Tätigkeit wird zu einem guten Teil das praktische Gelingen der Berliner Konferenz zuzuschreiben sein.

Ein ständiger Stellvertreter des Generaldirektors der Reichsbahn-Gesellschaft.

Berlin. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft hat, einem Antrag des Generaldirektors Leier entsprechend, die Stellung eines ständigen Vertreters des Generaldirektors geschaffen und den Reichsbahndirektionspräsidenten Dormmüller zum Direktor der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und ständigen Stellvertreter des Generaldirektors ernannt. Diese Ernennung bedarf nach § 10 der Satzung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft der Bestätigung des Reichspräsidenten. Präsident Dormmüller ist 1860 in Eberfeld geboren. Er genießt den Ruf eines hervorragenden Fachmanns und guten Wirtschaftsführers und wurde auf Grund seiner umfassenden Erfahrungen zu den Beratungen über das Dawes-Gutachten und das Reichsbahn-Gesetz und -Statut zugezogen. In den Londoner Verhandlungen beteiligte er sich in weitestgehendem Maße.